

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Einführung von direkt gewählten Migrationsbeiräten in allen Landkreisen und kreisfreien Städten

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, bis Dezember 2015 einen Gesetzesentwurf zur Änderung der Brandenburgischen Kommunalverfassung und des Brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes auszuarbeiten und zur Beschlussfassung dem Landtag vorzulegen. Dieser Gesetzesentwurf soll beinhalten:

1. Die Einführung einer direkten Wahl von Migrationsbeiräten in allen Landkreisen und kreisfreien Städten.
2. Die Bestimmung einer Wahlperiode für diese.
3. Die Vorgaben zur Bestimmung der Wahlberechtigung. Hierbei ist sicherzustellen, dass auch die Asylbewerber aktives und passives Wahlrecht genießen.
4. Eine Definition der Aufgabenbereiche einschließlich der Vorgabe der verbindlichen Einbeziehung des Gremiums in allen migrationspolitischen Fragen.

Begründung

In verschiedenen Landkreisen bzw. kreisfreien Städten sind Migrations- und Integrationsbeiräte tätig. Dabei erleben wir sehr unterschiedliche Verankerungen in der kommunalpolitischen Mitwirkung je nach Gebiet. Manche Beiräte sind sowohl im politischen als auch kulturellen Raum stark präsent, in einigen Fällen sieht die Hauptsatzung des Landkreises die Bildung eines solchen Gremiums nicht vor oder bestimmt, dass die Mitglieder durch den Kreistag und nicht durch die Migrantinnen und Migranten selbst gewählt werden.

Angesichts der vielfältigen zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Stärkung des Miteinanders und des interkulturellen Dialoges sollen die Migrantinnen und Migranten hinsichtlich ihrer politischen Teilhabe landesrechtlich gestärkt werden. Um der Arbeit der Gremien ein formelles Gewicht zu verleihen, soll allen Landkreisen und kreisfreien Städten ein guter Rahmen zur Schaffung bzw. Stärkung der Migrantenvvertretung gegeben werden. Es ist davon auszugehen, dass ein Gremium, welches seine rechtliche Basis aus den Gesetzen, die auch die Wahl der kommunalen Vertretungskörperschaften regeln, schöpft, eine auch politisch höhere Legitimität genießt. Daher soll

dieses als direkt gewähltes Organteil die Arbeit des meist hauptamtlich tätigen, vom Landrat bzw. Oberbürgermeister bestellten Integrationsbeauftragten unterstützen bzw. ergänzen. Eine unmittelbare Wahl von und durch Migranten ist zeitgemäß, angemessen und erhöht die Identifikation.

Hierdurch soll den Migrationsbeiräten die Möglichkeit gegeben werden, noch aktiver in den die Flüchtlinge und andere Migranten betreffenden Fragen mitzuwirken. Angesichts der steigenden Zahl an Asylsuchenden soll durch diesen Antrag bzw. die dann folgende Gesetzesänderung auch ein Zeichen gesetzt werden, dass sich das Land Brandenburg nachdrücklich zur Partizipation aller Bevölkerungsgruppen bekennt.

Da die genaue Ausformulierung der Rechte, Pflichten und Wahlabläufe für die Migrationsbeiräte eine Harmonisierung zwischen Kommunalverfassung und Wahlgesetz erfordert, wird die Landesregierung um Ausarbeitung gebeten. Hierbei soll auch Zeit gegeben werden, sich mit den Erfahrungen in den Landkreisen auseinanderzusetzen, um Regelungen zu finden, die vor Ort positive Wirkung entfalten. Daher erscheint ein Ausarbeitungszeitraum bis Ende dieses Jahres als sinnvoll.

Iris Schülzke
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe